AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 03.08.2015 | Christian N. Ciobanu

Süchtig nach der Bombe

Ein Atomwaffenverbot sollte zunächst ohne die Atommächte beschlossen werden.

Nach vierwöchigen Debatten über den Atomwaffensperrvertrag (NPT) und über die nukleare Abrüstung ist die internationale NPT-Überprüfungskonferenz von 2015 gescheitert. Einen Tag vor dem Abschlussplenum traf sich der Leiter der US-Delegation, Thomas Countryman, mit seinen Amtskollegen aus dem Nichtvertragsstaat Israel, um das vorgeschlagene Abschlussdokument zu erörtern. Das Dokument enthielt die Forderung, bis spätesten März 2016 eine Konferenz über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen Osten einzuberufen. Im Text hieß es, dass man es nicht zulassen werde, dass ein Staat die Konferenz hinauszögere. Israel sieht durch eine solche Konferenz seine Interessen untergraben und war deshalb äußerst besorgt, dass die USA im Bemühen um einen Konsens die Forderung unterstützen würde.

Nach den Gesprächen hinter verschlossenen Türen mit dem engsten Verbündeten im Nahen Osten ließ Rose Gottemoeller von der US-Delegation die anderen Vertragsparteien wissen, dass die USA über die vorgeschlagene Einberufungsfrist für diese Konferenz zutiefst enttäuscht seien. Sie erklärte dazu, dass »mit der vorgeschlagenen Formulierung im Abschlussdokument ausgeschlossen werde, dass sich die Länder des Nahen Ostens über die Tagesordnung und die Modalitäten der Konferenz austauschen und einigen können«. In Ägypten fanden die USA den Sündenbock und machten das Land aufgrund seiner starren Haltung in dieser Frage für das Scheitern der Konferenz verantwortlich. Aus ihrer Mitteilung geht deutlich hervor, dass die USA sich für die Interessen Israels einsetzen, das dem Atomwaffensperrvertrag nicht angehört und möglicherweise als einziges Land im Nahen Osten über Kernwaffen verfügt. Großbritannien und Kanada unterstützten die USA in ihrer Ablehnung des Abschlussdokuments.

Die Atommächte verweigern sich

In der Frage der nuklearen Abrüstung weigerten sich die Atommächte und ihre Bündnispartner, weitere Verpflichtungen hinsichtlich der Bestimmungen von Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags einzugehen, die von allen Vertragspartnern „wirksame Maßnahmen“ zur nuklearen Abrüstung fordern. Und es findet im vorgeschlagenen Abschlussdokument keinerlei Erwähnung, dass die Atommächte den Verpflichtungen zu nuklearer Abrüstung nur langsam und ungenügend nachkommen. Der Unwille der Nuklearmächte, sich auf rechtlich bindende Abrüstungsvereinbarungen festzulegen, verdeutlicht ihre Abhängigkeit von Kernwaffen. In den Worten der Abrüstungsinitiative Wildfire »ähneln diese Staaten Alkoholikern, die immer versprechen, mit dem Trinken aufzuhören, es dann aber doch nie tun. Sie sind ihren Waffen verfallen«.

Aufgrund dieses »Suchtverhaltens« der Atommächte und ihres Unwillens, ihre Haltung in der Abrüstungsfrage zu ändern, haben Südafrika und die Republik Marshallinseln deutlich ihr Befremden über das Ergebnis der NPT-Überprüfungskonferenz 2015 zum Ausdruck gebracht. Südafrika verglich die Konferenz und die Regelungen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen mit dem Apartheidregime, weil die Atommächte eine Minderheit seien, »die eine Vorherrschaft über die große Mehrheit der atomwaffenfreien Staaten ausübt« und dem Atomwaffensperrvertrag ihren Willen aufzwinge. Die Atommächte würden sich weigern, ihre Verpflichtungen nach Artikel VI des Vertrags anzuerkennen und zu befolgen. Weiterhin hieß es, das Ergebnis zeige, dass es den anderen Staaten an Zivilcourage mangele, entschieden gegen die Atommächte vorzugehen.

Wege, den Status quo aufzubrechen

Trotz des Scheiterns der NPT-Überprüfungskonferenz sind in der Diskussion über die humanitären Auswirkungen von Kernwaffen wichtige Fortschritte zu verzeichnen. Wie von Österreich erwähnt, stellte eine überregionale Gruppe von 47 Staaten fest, dass das Abschlussdokument die »Dringlichkeit [deutlich macht], auf die unakzeptablen humanitären Auswirkungen von Kernwaffen zu

reagieren, aber dann meilenweit davon entfernt ist, glaubwürdige Schritte in Richtung einer Schließung der Rechtslücke zu unternehmen«. Insgesamt brachten mit 112 Staaten die Mehrheit aller Vertragsstaaten ihre Unterstützung für die jetzt in Humanitarian Pledge umbenannte österreichische Selbstverpflichtung zum Ausdruck.

Die Zeit ist reif, dass die atomwaffenfreien Staaten den kühnen Schritt gehen, Verhandlungen über ein endgültiges Atomwaffenverbot aufzunehmen. Laut Article 36, einer Partnerorganisation der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), würde »ein Verbotsabkommen eine weltweite Anti-Kernwaffen-Norm hervorbringen und die regionalen atomwaffenfreien Zonen stärken«. Von zentraler Bedeutung ist vor allem, dass ein Verbotsabkommen außerhalb der üblichen Foren der Abrüstungsmaschinerie und Nichtverbreitungsregelung ausgehandelt werden könnte. Dazu wäre eine Gruppe von Staaten nötig, die aufwacht und das Schicksal der Welt in ihre eigene Hand nimmt, statt darauf zu warten, dass die Atommächte ihre Abhängigkeit von Kernwaffen überwinden.

Den Staaten muss endlich bewusst werden, dass der Atomwaffensperrvertrag ein Instrument der Atommächte und ihrer Bündnispartner ist, um den Status quo zu erhalten. Die Atommächte sind schlicht nicht daran interessiert, ihre Abhängigkeit zu bekämpfen und die internationale Sicherheit zu verbessern und den weltweiten Frieden zu sichern. Deshalb müssen sich die atomwaffenfreien Staaten und die Zivilgesellschaft für ein Verbotsabkommen stark machen, das eine sinnvolle Lösung vor dem Hintergrund der stagnierenden Abrüstungsverhandlungen sein könnte.



Christian N. Ciobanu
Genf

Christian N. Ciobanu ist seit 2010 Mitglied der Nuclear Age Peace Foundation und arbeitet als Geneva Representative der Stiftung. Ciobanu hat einen Master-Abschluss in International Studies des Graduate Institute of International and Development Studies in Genf.

5 LESERBRIEFE

Dr. Helmut Käss schrieb am 04.08.2015

Ich stimme zu, die Atommächte sind süchtig nach der Bombe, obwohl sie gemäß dem Manifest von Russell und Einstein sie bei Gefahr des Menschheitsuntergangs nicht anwenden dürfen. Es ist dringend Zeit, dass die Mehrheit der Staaten dagegen vorgeht und Strafen auf den Besitz der Bombe ausspricht, möglichwerweise in Proportion zu der Zahlt und Kraft der Bomben.

Xanthe Hall schrieb am 04.08.2015

Toller Beitrag! Ein neuer Prozess ist notwendig, der die Atommächte nicht kapern können. Und zwar in diesem Jahr, 70 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki.

Rita_Berlin schrieb am 11.08.2015

Sie haben so recht!

Hans-Joachim Weiner schrieb am 16.08.2015

Zum Schreiben von Dr. H. Käss
Wer will die USA bestrafen, weil sie eine oder besser gesagt die Atommacht auf dieser Welt ist.
Und - wer will dem verlogenen Israel eine Strafe aussprechen, ohne dabei Gefahr zu laufen nicht auf der ganzen Welt als Nazi - verbrecher abgestempelt zu werden. Man betrachte nur wie abscheulich man gegen Russland vorgeht, weil es seine Grenzen verteidigt. Und man betrachte, wer am meisten schreit. Der Staat, der den Irak überfallen hat und darin unendlich mordete.
Wer will Busch vor ein Gericht bringen.

Rita_Berlin schrieb am 17.08.2015

Wer traut sich denn überhaupt etwas gegen Kriegsverbrecher aus den USA oder Israel zu sagen?
Es zu wagen, Busch vor Gericht bringen, egal ob die USA ihn ausliefern würden oder nicht, wäre ja schon eine kleine Weltsensation.Fragt sich, wer wagt sich?
Wer wagt sich, etwas gegen die Drohneneinsätze der USA zu sagen, die zunehmend auch Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern?
Ja, aber wenn Rußland es wagt Schritte zu unternehmen, um seine Grenzen zu verteidigen, dann ist das Geschrei

groß.